Das „Hamburger Echo" erscheint täglich zweimal, Sonntags u. nach Feiertagen nur einmal. Bezugspreis: monatlich ℳ 4,—, vierteljährlich ℳ 12,— frei ins Haus. Kreuzbandlieferung monatl. ℳ 6.
Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Verantwortlicher Redakteur: Johannes Reitze, Hamburg
Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß. Buchhandlung: Erdgeschoß. Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, 1. Stock.

Hamburger Echo

Einzelnummer morgens 10 ₰, abends 15 ₰.

Anzeigen die zehngespaltene Petitzeile 80 ₰. Anzeigen 50 Prozent Teuerungszuschlag. Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 80 ₰. Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 3 Uhr) u. in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden auch gegen Entgelt nicht aufgenommen.

Nr. 556. Sonntag, den 30. November 1919. – Morgen-Ausgabe. 33. Jahrgang.

Die Vereinheitlichung des Steuerwesens im Reich.

Die deutsche Nationalversammlung hat in der abgelaufenen Woche die ihr im August in Weimar vorgelegte Reichsabgabenordnung in zweiter und dritter Beratung erledigt. Damit ist die Grundlage für eine einheitliche Steuerpolitik des Reiches geschaffen, durch die die buntscheckige Mannigfaltigkeit des Steuerwesens in den deutschen Staaten und Gemeinden auf den entscheidenden Gebieten ein Ende gemacht wird. Um die für die Vereinheitlichung notwendige Organisation schnell in die Wege leiten zu können, war noch in Weimar ein Teil der Abgabenordnung (im ganzen 46 Paragraphen) aus dieser herausgenommen und als Gesetz über die Reichsfinanzverwaltung für sich beschlossen worden. Nur dadurch war es möglich gemacht, schon mit dem 1. Oktober an den Aufbau der Organisation heranzugehen, denn die ganze 451 Paragraphen umfassende Reichsabgabenordnung, bei der vielerlei schwierige Einzelfragen zu entscheiden waren, ließ sich nicht so schnell erledigen, sondern bedurfte eingehender Beratung.

Der Neuaufbau des Steuerwesens ist aber äußerst dringlich, denn die Schuldenlast des Reiches und seine Verpflichtungen wachsen von Woche zu Woche, von Monat zu Monat immer rapider und beängstigender an und machen es zu einer unerbittlichen Notwendigkeit, die Steuerschraube mit einer Kraft anzuziehen, die man vor dem Kriege einfach für undenkbar gehalten hätte. Der Krieg mit seinen ungeheuren Anforderungen hat auf finanziellem Gebiete die Größenbegriffe in früher ebenfalls unfaßbarer Weise verschoben. Wo sonst schon hunderte von Millionen Entsetzen erregten, werden jetzt Milliarden als etwas Selbstverständliches angesehen, und das Schlimmste ist, daß die erforderlichen Milliarden immer erneut, weil es sich um die Befriedigung unabweisbarer Bedürfnisse handelt, auf dem Wege des Kredits flüssig gemacht werden müssen und daß auch die Verzinsung nicht aus laufenden Einnahmen gedeckt werden kann, sondern aus den Anleihekapitalien entnommen werden muß.

Das ist die offenbarste Bankerotteurpolitik. Ihr Urheber war Herr Dr. Helfferich, der in der illusionären Hoffnung auf große Kriegsentschädigungen die Schaffung einträglicher Kriegssteuern immer wieder hinausschob, um nicht den „patriotischen Geist" der Kapitalisten, denen der Krieg märchenhafte Gewinne in den Schoß warf, zu erschüttern. Nachdem nun statt des früher erhofften Sieges die Niederlage über das deutsche Volk hereingebrochen ist, rächt sich die verhängnisvolle Finanzpolitik während des Krieges doppelt am deutschen Volke. Die Verschuldung ist zu einer so phantastischen Höhe emporgewachsen, daß auch die optimistischsten und geriebensten Finanzmänner fast an der Möglichkeit verzweifeln, aus dem deutschen Besitz und der deutschen Arbeit so viel herauszuschöpfen, daß nur das Allernotwendigste davon bestritten werden kann.

Jedenfalls steht aber das eine fest, daß der aus dem Kriege übernommenen Finanzpolitik schleunigst Einhalt getan werden muß. Das hätte schon längst geschehen müssen; es wäre wohl auch schon früher geschehen, wenn nicht auch auf finanziellem Gebiet die aus dem Stärkeverhältnis der Parteien sich ergebende Notwendigkeit einer Koalitionspolitik besondere Schwierigkeiten verursacht hätte. Der bei der Größe der Verpflichtungen des Reiches ganz unvermeidliche scharfe Zugriff in Besitz und hohes Einkommen stößt erklärlicherweise bei den besitzenden Kreisen zunächst auf harten Widerstand. Sie müssen sich aber der Notwendigkeit beugen, denn ihre Interessen sind am meisten in Gefahr, wenn es unmöglich werden sollte, die aus dem Krieg erwachsenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Je größer aber die Ansprüche sein werden, die das Reich an die Steuerzahler stellen muß — sie werden bis an die Grenze des Möglichen gehen — desto unabweisbarer wird die Vereinheitlichung des Steuerwesens im ganzen Reich. Die gewaltigen Lasten, die der Krieg dem deutschen Volke aufgebürdet hat, sind überhaupt nicht zu tragen, wenn nicht in einheitlicher Weise eine möglichst gerechte Verteilung nach der Leistungsfähigkeit erreicht wird. Wir haben auf diese Notwendigkeit einer Vereinheitlichung des Steuerwesens im ganzen Reich schon hingewiesen, als Herr Dr. Helfferich mit seinen ersten schüchternen Versuchen, Kriegssteuern zu schaffen — schon zu spät herauskam. Damals gab es noch viele Finanzpolitiker, die glaubten, sich aufs hohe Pferd setzen zu dürfen, und die einzelstaatlichen Finanzminister setzten sich mit Zähigkeit dagegen zur Wehr, daß das Reich kräftig in den Bereich der direkten Steuern eingreife, im besonderen die Einkommensteuer an sich ziehe. Heute ist die Ueberzeugung eine allgemeine geworden, daß es gar nicht mehr anders geht, daß uns nur die reichsgesetzlich geregelte Verteilung der Steuerlasten retten kann. Das Reich kann angesichts des ungeheuerlichen eigenen Steuerbedarfs nicht mehr Kostgänger der Einzelstaaten sein; die Bedürfnisse des Reiches, der Gliedstaaten und Gemeinden müssen vielmehr nach einem großen einheitlichen Plan aus der Gesamtsumme der vom deutschen Volke aufzubringenden Steuern befriedigt werden. Die absolute Notwendigkeit solcher Lösung der Steuerfrage wird sofort klar, wenn man erwägt, daß in der im August d. J. vom Finanzminister Erzberger herausgegebenen Denkschrift über den künftigen finanziellen Bedarf des Reiches und seine Deckung dieser Bedarf insgesamt auf 24 Milliarden pro Jahr geschätzt ist, nicht einbegriffen die aus dem Friedensvertrag sich ergebenden Verpflichtungen. Von dem Gesamtbedarf von 24 Milliarden entfallen 17,5 Milliarden auf das Reich und 6,5 Milliarden auf Einzelstaaten und Gemeinden.

Wir bedürfen also einer fein ausgebauten einheitlichen Organisation der Finanzverwaltung, damit überall, im Norden und im Süden, im Osten und im Westen, die Veranlagung und Erhebung der Steuern nach gleichen Grundsätzen und Methoden erfolgt. Bei der gewaltigen Höhe der Steuern wäre es unerträglich, wenn ähnlich wie bisher, in den Einzelstaaten verschiedene Steuersätze und Veranlagungsmethoden gelten, wenn in den Gemeinden, je nach ihrer wirtschaftlichen und sozialen Struktur, hier sehr hohe, dort ganz geringe Gemeindesteuern erhoben werden würden. Das geht nicht mehr; hier zwingt die Not gebieterisch dazu, einen Ausgleich durch das ganze Reich herbeizuführen.

Die Grundlage dafür ist in der Reichsabgabenordnung geschaffen. Sie soll aber auch die bei der Höhe der Steuern unerläßlichen Handhaben bieten, mit aller Schärfe die Steuerobjekte zu erfassen und die Steuerpflichtigen zur Ehrlichkeit zu zwingen. Je höher die Steuern, desto größer die Neigung zur Defraudation. Dem kann nur durch genaue Festlegung der objektiven und subjektiven Steuerpflicht und durch zweckentsprechende Vorschriften über deren Durchführung begegnet werden, die jedoch gleichzeitig den Steuerpflichtigen den nötigen Schutz gegen etwaige Uebergriffe der Steuerbehörden und ausreichende Rechtsgarantien bieten müssen. Hier kreuzen sich erklärlicherweise mannigfach die Interessen des Steuerfiskus und des Steuerzahlers und um einzelne dieser Gesetzesbestimmungen, auf die hier des näheren nicht eingegangen werden kann, ist im Ausschuß, wie auch in der zweiten und dritten Beratung im Plenum noch hart gekämpft worden. Im allgemeinen kann gesagt werden, daß die Regierungsvorlage, mit dem Ziel im Auge, die Erfüllung der Steuerpflicht restlos zu erzwingen, durchweg das Richtige getroffen hat. Das ergibt sich auch daraus, daß im Verhältnis zu dem Umfang der Vorlage und zur tiefgreifenden Bedeutung der einzelnen Vorschriften nur wenig an dem Inhalt geändert worden ist.

Der Aufbau der Steuerbehörden (Landesfinanzämter) ist zum Teil noch ein provisorischer, weil partikularistische Einseitigkeit, besonders von preußischer Seite, verhindert hat, daß die Abgrenzung des Wirkungskreises der einzelnen Landesfinanzämter allein nach den wirtschaftlichen und finanztechnischen Bedürfnissen vorgenommen wurde. Dadurch ist für die Gebiete der Unterelbe und Unterweser ein für die Dauer unerträglicher Zustand geschaffen. Seiner Ueberführung in eine verständige, den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechende Regelung ist jedoch der Weg dadurch gebahnt, daß bei der zweiten Beratung in den § 11 die Bestimmung aufgenommen wurde, daß die Abgrenzung der Bezirke der Landesfinanzämter und die Bestimmung über deren Sitz durch ein Reichsgesetz erfolgen soll, das spätestens am 1. April 1921 in Kraft zu treten hat. Damit ist der Weg gewiesen, auf dem verschrobene partikularistische Widerstände allein überwunden werden können. In der künftigen einheitlichen Steuerverwaltung des Reiches muß allein das vernünftige Bedürfnis entscheidend sein; es darf nicht durch partikularistische Rückständigkeiten beeinträchtigt werden. Innerhalb der Einheitlichkeit muß aber den aus der historisch differenzierten Entwicklung der verschiedenen Reichsgebiete sich ergebenden berechtigten Sonderbedürfnissen Rechnung getragen werden. Das gilt in erster Linie für Hamburg und Bremen, die als Welthandelsstädte ihre für das ganze Reich bedeutsamen Aufgaben nur weiter erfüllen können, wenn ihnen wirtschaftlich die unbedingt erforderliche Bewegungsfreiheit und ein weitgehendes Selbstbestimmungsrecht gelassen wird, um ihre eigengearteten Bedürfnisse ohne unnötige Hemmungen befriedigen zu können.

Die Grundlagen für das einheitliche Funktionieren der Reichssteuerverwaltung sind nun in der Reichsabgabenordnung vorhanden. Die zweite, nicht weniger wichtige Aufgabe wird in den nächsten Wochen ihrer Lösung entgegengeführt werden müssen. Das ist die Feststellung der Reichssteuern in ihren Objekten und ihrer Höhe und die Verteilung der Steuererträge zwischen dem Reich und den Gliedstaaten. Das Gesetz über das Reichsnotopfer, das im Ausschuß erledigt ist und in der kommenden Woche das Plenum der Nationalversammlung wieder beschäftigen wird, sieht nur eine einmalige, freilich bis zu sehr beträchtlicher Höhe anwachsende Abgabe vom Vermögen vor, deren Ertrag unsere riesenhafte Kriegsschuld um etliche Prozente herabmindern soll. Daneben bedarf das Reich und bedürfen die Staaten und Gemeinden unendlich viel größerer fortlaufender Steuererträge als vor dem Kriege, um die gewaltig gewachsenen Bedürfnisse befriedigen zu können.

Das Kernstück dieser neuen Reichssteuern wird die Reichseinkommensteuer bilden, die eine Besteuerung der Einkommen bis an die Grenze des Möglichen vorsehen soll. Das Einkommen aus Kapitalerträgen soll dabei einer höheren Sonderbesteuerung unterworfen werden, der Kapitalzuwachs soll auch in Zukunft einer besonderen Besteuerung unterliegen, für welchen Zweck wohl ein Ausbau des Besitzsteuergesetzes von 1913 erfolgen wird. Die Verteilung zwischen dem Reich und den Einzelstaaten soll durch das auch in den nächsten Tagen herauskommende Landessteuergesetz geregelt werden. Ueber den Modus der Verteilung ist Sicheres noch nicht bekannt. Es wird darauf zurückzukommen sein, wenn die Gesetzentwürfe das Licht der Oeffentlichkeit erblickt haben.

Je dringender die harte Notwendigkeit dazu zwingt, die Steuern bis an die äußerste Grenze der Leistungsfähigkeit der Steuerzahler zu erhöhen, um so unerläßlicher ist die restlos durchgeführte Vereinheitlichung des Steuerwesens im ganzen Reich, denn nur durch die möglichst gleichmäßige, der Leistungsfähigkeit jedes einzelnen angepaßte Verteilung ist überhaupt eine so ungeheure Steuerlast, die der Krieg dem deutschen Volke auferlegt hat, tragbar zu machen.

An die deutsche Arbeiterschaft!

Genossinnen und Genossen!

Die furchtbare Not, unter der das deutsche Volk seufzt, ist die Folge des schrecklichen Krieges. Die Schuld am Kriege fällt zum weitaus größten Teil auf die imperialistische Politik, die in allen Ländern betrieben worden ist; in Deutschland waren die Konservativen und Nationalliberalen, die Alldeutschen, die Vaterlandsparteiler, und wie sie sich sonst noch genannt haben mögen, die Träger des Imperialismus. Soweit die Schuld am Kriege auf deutscher Seite liegt — und es kommt leider ein gerüttelt Maß von Schuld auf Deutschland! — tragen also diejenigen Politiker und Parteien die Verantwortung, die sich jetzt „Nationale" und „Deutschnationale" nennen, in Wirklichkeit aber nichts anderes sind, als die Konservativen und Nationalliberalen von früher. Die Kriegsschuldigen sind es, die auch die Verantwortung tragen für das jetzige Friedenselend.

Noch ist nicht abzusehen, wann das deutsche Volk sich wieder wird sattessen können, wann es sich wieder anständig kleiden und Schuhwerk zu erträglichen Preisen beschaffen kann. Es fehlt uns an Rohstoffen aller Art, ebenso an Kohlen, an Brot, Fett, Fleisch und Kartoffeln. Unsere Mark ist im Ausland nur noch wenige Pfennige wert, so daß für die Ausländer unsere Warenpreise spottbillig, für uns selbst aber unerschwinglich hoch sind. In der Tat kaufen denn auch die Ausländer Deutschland auf.

Deutschland ist durch die Schuld seiner „Nationalen" in unerhörtester Weise belogen worden. Sobald das Volk über die Schuld im Klaren ist, sobald es also die ganze Wahrheit erkannt haben wird, sind die schuldigen Parteien für alle Zeiten gerichtet und erledigt. Das wissen die Herren, die sich zu Helfferich und Ludendorff gesellen und den Generalfeldmarschall Hindenburg als Kulisse zu benutzen suchen, sehr wohl. Deshalb wollen sie mit allen Mitteln die Wahrheit vertuschen.

Nicht der Krieg habe die Not und das Elend verschuldet, sondern die Revolution. Dabei war die Revolution nur die unausbleibliche Folge des Kriegselends und des vollkommenen wirtschaftlichen und militärischen Zusammenbruchs.

Begannen Not und Elend für das deutsche Volk etwa erst am 9. November 1918?

Nein! und tausendmal nein! Jahrelang hat das belogene und betrogene deutsche Volk im Kriege schon die Qualen des Krieges erlitten. Die jetzige Regierung, der man die Schuld an dem entsetzlichen Zustande zuschreiben möchte, ist im Grunde genommen nichts anderes als die Konkursverwalterin des alten, durch die Schuld der früheren Gewalthaber zusammengebrochenen Deutschlands! Wo in aller Welt hat man jemals die Dreistigkeit gehabt, die Konkursverwalter für den vorausgegangenen Bankerott verantwortlich zu machen?

Die verlogene „nationale" Politik der „Kaisertreuen" soll auch nach dem Kriege und nach der Revolution fortgesetzt werden. Die nationalen Redner und Schriftsteller stellen die Dinge so dar, als wenn die von ihnen vertretenen Parteien für alle die Ernährungsmittel und Rohstoffe, die uns fehlen, sorgen könnten, denn was anderes bedeuten sonst die Vorwürfe gegen die seitherige revolutionäre Regierung, daß sie das Volk nicht zufrieden stellen könnte!

Die Kaisertreuen, die die republikanische Verfassung ablehnen, die republikanische Regierung stürzen wollen, haben gerade in den letzten Wochen eine sehr lebhafte Agitation veranstaltet. Die Straßenkundgebungen in Berlin aus Anlaß der Anwesenheit Hindenburgs, das rege Treiben der vielen Einwohnerwehren, das Verteilen von Waffen an die Gutsbesitzer und viele andere Anzeichen mehr machen es uns zur Pflicht, die Arbeiterschaft in Stadt und Land zur Wachsamkeit und zur entschlossenen Sammlung der eigenen Kräfte aufzurufen.

Parteigenossen! Tretet sofort überall in die Einwohnerwehren ein!

Die Waffen in der Hand eines reaktionären Bürgertums sind eine Gefahr, in der Hand unserer Parteigenossen sind sie die Garantie für den Bestand der Republik. Wenn beim Eintritt von Arbeitern irgendwelche Schwierigkeiten gemacht werden, so meldet es uns sofort.

Die Regierung fordern wir auf:

Erstens: Den Belagerungszustand aufzuheben, um der Arbeiterschaft die notwendige Bewegungsfreiheit im Kampf gegen die Reaktion zu schaffen.

Zweitens: Die Kriegsdokumente schnellstens zu veröffentlichen, um dem Volke volle Klarheit zu verschaffen über die verbrecherische Politik, die zum Kriege geführt hat.

Jeder Versuch, die Republik zu stürzen, wird an dem geschlossenen Widerstand der deutschen Arbeiterschaft scheitern. Aber jeder solcher Versuch würde kostbares Menschenblut kosten und ein Spiel mit der Einheit Deutschlands bedeuten.

Genossinnen und Genossen! Die Situation ist ernster denn je zuvor. Immer neue Verpflichtungen legt uns die Entente auf, immer schwerer wird die Last, die wir tragen sollen. Durch die Zurückhaltung unserer gefangenen Soldaten quält Frankreich nahezu jede einzelne deutsche Familie in grausamer Weise. Käme zu allen diesen Leiden auch noch die alte Unfreiheit unter der Herrschaft des preußischen Junkertums, so wäre das unerträglich und die Anarchie müßte die unausbleibliche Folge sein. Dem muß entgegengearbeitet werden. Wir müssen und wollen die junge Republik schützen und die Demokratie sichern, auf daß wir auch dem Sozialismus die Wege ebnen.

Seid pflichtbewußt! Nehmt im ganzen Lande den Kampf auf gegen die Reaktion! Veranstaltet Versammlungen in größtem Umfange, wie in Berlin und anderen Orten Deutschlands bereits geschehen ist und weiter geschehen wird. Stärkt die Organisationen und werbt neue Leser für die Parteipresse!

Berlin, den 29. November 1919.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

In der Affaire Sklarz

liegen Berichte vor, wonach Sklarz beschuldigt wird, Roßfleisch als Rindfleisch in Konserven, die in Elmshorn hergestellt waren, verkauft zu haben. Den Sendungen sei ein Freischein beigegeben gewesen, unterzeichnet von Ebert, Noske und Scheidemann, daß die Ware nicht zu beschlagnahmen sei. Der „Vorwärts" erfährt dazu, daß Sklarz einen solchen Freischein nur am 6. Januar 1919 bekommen hat, also bei Ausbruch der Spartakusunruhen, als Sklarz der Regierung das Angebot machte, die frisch geworbenen Truppen, für die keine Verpflegung da war, mit Lebensmitteln zu versehen. Sollte der Schein für spätere Roßfleischgeschäfte benutzt worden sein, so würde es sich um einen Mißbrauch handeln, von dem die Aussteller des Scheines nichts wußten. Sklarz seinerseits kehrt den Spieß um. Er wiederholt in einem Artikel des „Achtuhrabendblattes" nicht nur gegen Sonnenfeld den Vorwurf der Millionenunterschlagung in schärfster Form, sondern beschuldigt den Mitentdecker Albert Baumeister schwerer persönlicher Verfehlungen als Geschäftsführer des Verlages für soziale Wissenschaft.

Die Staatsanwaltschaft hat gegen Sklarz ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Das Verfahren wegen Auslieferung von Sonnenfeld aus Holland ist schon seit Anfang dieses Monats im Gange.

*

Die Korrespondenz Sochaschewski veröffentlicht einen angeblich echten Brief von Scheidemann an Sklarz, worin gesagt wird, daß beim Einkauf für Behörden diesen keine Verstöße gegen die wirtschaftlichen Gesetze und Bestimmungen vorgeworfen werden dürften. Es müßte also eine Firma mit geeigneten Lagerräumen mit diesem Einkauf betraut werden, und der Inhaber dieser Firma müßte zu der Behörde in einem nichtbeamteten Verhältnis stehen. Diese Firma dürfe auch nicht im Dienstgebäude der betreffenden Behörde ihren Sitz haben usw. (Es läßt sich im Augenblick nicht feststellen, ob dieser Brief echt ist. Die Korrespondenz beruft sich auf den Abgeordneten Davidsohn als Zeugen der Echtheit. Immerhin ist zu bedenken, daß es sich um die Verpflegung der von der Straße aufgelesenen Regierungstruppen handelte in einer Zeit, wo die Regierung durch den Aufstand in Berlin in größter Bedrängnis war.)

Die Betriebsräte.

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)

Am Freitag abend 11 Uhr wurde nach siebenwöchentlichem leidenschaftlichem Kampfe das Betriebsrätegesetz zu Ende verhandelt. Mehr als einmal drohte der Konflikt, weil die Meinungen innerhalb der Mehrheitsparteien soweit auseinandergingen. Die sozialdemokratische Fraktion blieb fest. Sie suchte allerdings den Konflikt nicht, aber sie drängte auf die volle Einlösung des Versprechens, das die Verfassung den Arbeitern und Angestellten gab. Sie konnte auch nicht zugeben, daß das Gesetz im Endeffekt auf eine Rückwärtsrevidierung hinausläuft, was die Arbeiter seit der Revolution erkämpft haben.

Die bürgerlichen Mehrheitsparteien waren freilich in einer recht ungemütlichen Lage, was wir nicht verkennen wollen. Sie hatten in ihren Reihen die schärfsten Kämpfe auszufechten. Sie wurden mit Entschließungen und Delikten aus den eigenen Reihen förmlich überschwemmt, aber auf den Bruch der Koalition durften sie es nicht ankommen lassen, ebensowenig wie wir. Ohne die Sozialdemokraten oder gar gegen sie aber kann man heute nicht mehr regieren, wenn nicht das deutsche Reich und erst recht die deutsche Wirtschaft aus dem Leim gehen soll. So mußten sich die Demokraten und das Zentrum schließlich doch bequemen, im wesentlichen den heiß umstrittenen Differenzpunkten zuzustimmen, die ohnehin schon vorher die Bewilligung ihrer eigenen Regierungsmitglieder gefunden hatten.

Trotz der Differenzen tragen die Beschlüsse des Ausschusses dank der Tätigkeit der sozialdemokratischen Ausschußmitglieder die Züge des Entwurfes. Die USP.-Leute blieben im Kampf allein. Sie übten sich im parlamentarischen Generalstreik. Das wird den Arbeitern ebenso wenig dienen, wie die wirtschaftliche Totstreiktaktik der unabhängigen Heilbringer. Ihre Mitglieder im Ausschuß schwänzten den größten Teil der Sitzungen, beteiligten sich nicht an der sehr leidenschaftlichen Debatte, halfen bei keinem einzigen Antrag, kurz, sie scheinen das Heil für die deutschen Arbeiter von der sagenhaften Weltrevolution zu erwarten. Die unabhängige Unterstützung wäre uns und den Arbeitern in den wochenlangen schweren Kämpfen recht wertvoll gewesen. Unsere Hoffnung wurde getäuscht. Um so mehr werden sie in der Agitation das Handwerk aufgreifen, um das ganz schlecht zu machen, zu dessen Verbesserung sie keinen Finger rührten.

Natürlich wird das Gesetz nicht alle Erwartungen der Arbeiter erfüllen. Es kann bei der Vielgestaltigkeit der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft gar nicht auf die Bedürfnisse jedes einzelnen Industriezweiges zugeschnitten werden. Dafür gibt es aber das, was im Bergbau und in der Industrie im Machtkampf erzielt worden ist, als Mindestgabe allen Arbeitern im Handel, in der Landwirtschaft, was sie aus eigener Macht nicht hätten erkämpfen können. Was noch wichtiger ist, es räumt den Berufsorganisationen das Recht ein, nach Maßgabe ihrer Macht die gesetzlichen Bestimmungen vertraglich weiter zu entwickeln. Es macht also den Weg frei zum friedlichen Ausbau der Wirtschaftsdemokratie. Der freiheitlichste Gesetzentwurf bleibt aber doch tot, wenn nicht hinter ihm tatkräftige Arbeiter stehen, die ihm Leben verleihen. Es wird darauf ankommen, wer im Betriebsrat sitzt. Alte Klatsch-Weiber und schimpfende Maulhelden würden mit dem Gesetz nichts anzufangen wissen. Bringt aber Leute mit gediegener sozialpolitischer, volkswirtschaftlicher Schulung in die Betriebsräte, so wird das Gesetz auch seinen Zweck erfüllen: den Arbeiter wirtschaftlich sicherzustellen, ihn von der Willkür des Unternehmers zu befreien, den Erzeugungsprozeß zu kontrollieren und auf ihn befruchtend einzuwirken.

Die heiß umstrittene Frage der Beteiligung an den Aufsichtsräten, die Mitwirkung bei Entlassung und Einstellung wurde im wesentlichen gefaßt im Sinne des Entwurfs. Die Einschränkung, daß nur Betriebe mit 100 Angestellten und 500 Arbeitern zur Vorlegung der Bilanz verpflichtet sind, kann unsere Zustimmung nicht finden. Wir werden bei der zweiten Lesung noch einmal auf das schärfste dagegen ankämpfen. Der sozialdemokratische Versuch, das Alter für das aktive und passive Wahlrecht herabzusetzen, mißlang. Er wird aber wiederholt werden, doch werden in der zweiten Lesung kaum mehr als Schönheitsfehler zu verbessern sein. Bei dem unverständlichen passiven Verhalten der Unabhängigen wird das Maß dessen, was den bürgerlichen Mehrheitsparteien abgerungen werden kann, bescheiden sein. Die Verhandlungen im Plenum der Nationalversammlung dürften kaum mehr große Ueberraschungen bringen; denn auch die bürgerlichen Mehrheitsparteien werden die Situation nicht verkennen.

So wird das Betriebsrätegesetz eine nicht zu verachtende Weihnachtsgabe für die Kopf- und Handarbeiter sein, die ihnen das Neuland der wirtschaftlichen Demokratie erschließt.

Politische Nachrichten.

Widerstand gegen die neue Note Clemenceaus?

Die „Deutsche Allgemeine" berichtet: Wie wir aus Kreisen, die dem Kabinett nahestehen, vernehmen, ist die Reichsregierung fest entschlossen, in der Frage der 400 000 Tonnen Docks, Bagger und Schiffsmaterial nicht nachzugeben, und zwar darum, weil die Hergabe des geforderten Materials Deutschlands wirtschaftliche Existenz unterbinden würde. Ebenso unannehmbar ist für die Reichsregierung die Klausel des Zusatzprotokolls, wonach es in das Belieben Frankreichs gestellt wäre, jederzeit in Deutschland militärisch einzurücken. Die Reichsregierung will den Frieden, aber nicht einseitige Fortsetzung des Krieges. Als selbstverständliche Voraussetzung wird angesehen, daß die in Frankreich befindlichen Kriegsgefangenen zurückgeführt werden, so wie der Friedensvertrag es vorsieht und nicht zu neuen anderen Bedingungen.

Deutschland und Sowjetrußland.

Die „Deutsche Allgemeine" dementiert die Mitteilungen einer Korrespondenz von Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung und Sowjetrußland über Gefangenenaustausch und Freigabe gegenseitig beschlagnahmten Eigentums. Es wird zurzeit nur über die Zurückführung der von der Sowjetregierung für Radek verhafteten deutschen Geiseln verhandelt.

Der Mörder Haases.

Die „Deutsche Allgemeine" teilt mit, daß der Mörder Haases auf Grund ärztlicher Gutachten in einer Irrenanstalt dauernd als gemeingefährlich untergebracht wird. Die „Freiheit" protestiert gegen die Absicht, gegen Voß kein gerichtliches Verfahren einzuleiten, und stellt fest, daß der offene Brief Tittmanns, in welchem verschiedene Fragen zu dem Attentat gestellt wurden, bisher nicht beantwortet worden ist.

Selbstbezichtigung eines Feldwebels in der Mordaffäre Rosa Luxemburg.

In den Militärarrest in Hannover wurde ein Vizefeldwebel Otte eingeliefert, der sich sonst Koch nannte. Er bezeichnet sich